

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Baugen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Max, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 20 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Druckerei Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Zeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Der Letztteil die 90 mm breite Zeile 20 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 146

Donnerstag, den 25. Juni 1931.

86. Jahrgang

## Frankreich hat Schwierigkeiten bei Ueberreichung seiner Antwort in Washington

Tageschau.

Der französische Botschafter in Washington hatte den Auftrag, am Mittwoch die französische Antwortnote zu überreichen. Der Botschafter wurde aber nicht von Staatssekretär Stimson, sondern lediglich vom Referenten für Westeuropa empfangen. Die Washingtoner Regierung wird voraussichtlich die Note, deren Inhalt schon bekannt war, als nicht formell empfangen betrachten.

Mussolini hat den italienischen Botschafter in Washington beauftragt, den dortigen Amtsstellen das herliche Einverständnis Italiens mit dem Vorschlag Hoovers bekanntzugeben.

Der Rechtsausschuss des Sächsischen Landtags beschloß, die Regierung zu ersuchen, beim Reich gegen die Notverordnung zu protestieren und, falls sie nicht aufgehoben werden könne, mit allen Mitteln auf eine sofortige und grundsätzliche Abänderung mit dem Ziele der Befreiung untragbarer Belastungen hinzuwirken.

Die amerikanischen Ozeanflieger Post und Galt sind nach einer Zwischenlandung in England und Hannover am Mittwochabend 7.30 Uhr auf dem Flughafen Tempelhof glücklich gelandet. Donnerstag früh 7.30 Uhr starteten die Flieger zum Weiterflug nach Moskau.

Nach einer den Arbeitsämtern zugegangenen Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums sollen die Jugendlichen nach wie vor erwerbslosunterstützungsberechtigt sein. Die Unterstützung wird aber abweichend von der bisherigen Regelung nur bei Bedürftigkeit gewährt werden.

Mitteilungsstelle an anderer Stelle.

### Brüning's Appell an Frankreich.

Berlin, 25. Juni. (Eig. Meldg.) Brüning wird mit seinem Appell an Frankreich nicht allzuviel Freude haben. Von Seiten des Reichs lehnt man alle deutschen Anbiederungsversuche entschieden ab. Wenn Brüning hofft, er werde auch mit Frankreich eine Uebereinstimmung herbeiführen, dann verkennt er, daß die Einstellung der Franzosen überhaupt eine grundsätzliche andere ist als die der Engländer. England befindet sich in derselben schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage wie Deutschland. Frankreich hat dagegen noch nichts von der Krise gemerkt. Es kann auch gar nicht von ihr erfaßt werden, da die französischen Verhältnisse außerordentlich gut stabilisiert sind. Es hat weder Arbeitslose noch Finanznöte. Industrie und Landwirtschaft sind in hervorragendem Maße gegeneinander ausgeglichen, so daß eine schwere wirtschaftliche Erschütterung des Landes gar nicht vorstellbar erscheint.

Schließlich hat auch heute noch Frankreich bei allen politischen Entscheidungen in der Welt ein sehr gewichtiges Wort mitzureden. Es wird auch diesmal, wenn nicht gerade in der Moratoriumsfrage, so doch auf anderen politischen Gebieten, seinen Willen durchsetzen. Die französische Diplomatie arbeitet fieberhaft daran, die erlittenen Schlägen auszumergen. Schon die Konferenz von Chequers war ein schwerer Rückschlag der französischen Diplomatie und die Rollunionangelegenheit hat ebenfalls dazu beigetragen, das Ansehen Frankreichs zu verringern. Ob Briand noch lange Außenminister bleiben wird, erscheint fraglich. Wird Briand sich noch einmal zu großen außenpolitischen Entscheidungen, die die Lage Frankreichs erfordert, herbeilassen? Das erscheint fraglich. Briand ist immer der Mann des Kompromisses gewesen und auch diesmal wird er eine vorsichtige Politik betreiben, nicht nur gegenüber Deutschland, sondern auch gegenüber den anderen Staaten.

Die Mehrheit der französischen Kammer lehnt das Moratorium in seiner jetzigen Form ab. Das ist auch weiter nicht verwunderlich. Ueberhaupt will man nicht, daß Deutschland wieder eine eigene und von Frankreich unabhängige Außenpolitik betreibt. Frankreich wird seine ganzen finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte einsetzen, um die Vorherrschaft in Europa sehr stark bedroht. Verständigigt sich Deutschland mit England und Amerika über den Kopf Frankreichs hinweg, dann ist tatsächlich die Hegemonie Frankreichs in Europa sehr stark bedroht. Der französische Generalkonstab und die Politiker der Rechten wachen ängstlich darüber, daß die in Versailles errungene Vorherrschaft nicht verloren geht. Frankreich hat Deutschland gegenüber noch verschiedene Trümmer in der Hand. Seine Stellung Eng-

### „Nicht formell empfangen“.

Reuter meldet aus Washington, die Regierung der Vereinigten Staaten hat Frankreich mitgeteilt, daß die von ihm gestellten Bedingungen für die Annahme des Hoover'schen Moratoriumsvorschlages in Washington wahrscheinlich nicht günstig angenommen würden. Dessen ungeachtet hatte der französische Botschafter den Auftrag, die Note zu überreichen. Ueber das Verhalten des amerikanischen Amtes in Washington geht uns folgende Meldung zu:

Washington, 24. Juni. (Draht.) Die Mitteilung, daß der französische Botschafter Claudel Staatssekretär Stimson die französische Antwortnote zum Vorschlag des Präsidenten Hoover überreicht habe, wurde später von höherer Stelle dahin richtiggestellt, daß Botschafter Claudel lediglich vom Referenten für Westeuropa kurz empfangen worden sei. Man fügte hinzu, daß man eine Auskunft darüber, ob die Note übergeben wurde, strikt ablehne.

Staatssekretär Stimson hatte im Weißen Hause eine lange Konferenz mit Präsident Hoover, dem stellvertretenden Schatzsekretär Mills und dem Führer der republikanischen Senatsfraktion, Senator Watson.

In der Presse wird hieraus gefolgert, daß man wahrscheinlich die französische Antwortnote als nicht formell empfangen betrachten wolle, in der Erwartung, die französische Regierung zu einem größeren Entgegenkommen bewegen zu können.

Die bereits früher gemeldete Aeußerung Stimsons, man werde von dem Grundprinzip des Vorschlages Hoovers nicht abweichen, erfolgte, nachdem der Staatssekretär durch den Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, Edge, über den Inhalt der französischen Antwort unterrichtet worden war.

In Regierungskreisen vertritt man den Standpunkt, daß angesichts der so kritischen Lage Deutschlands eine Teillösung, geschweige denn ein Zurückweichen auf die Bestimmungen des Youngplanes Deutschlands nicht die dringend benötigte Hilfe bringe.

### Der Inhalt der französischen Note.

Nachstehende Meldung bestätigt, was wir bereits gestern über den Inhalt der Note mitteilen konnten.

Die französische Antwort an Hoover, die in Paris erst am kommenden Freitag veröffentlicht werden wird, umfaßt vier Schreibmaschinenseiten und ist in äußerst höflichem Tone gehalten.

In der Einleitung begrüßt die französische Regierung die noblen Absichten Hoovers und betont, daß ein Entwurf zugunsten der durch die Krise besonders betroffenen Länder stets Gebör finden werde. Frankreich habe bereits Beweise seines guten Willens abgelegt und versuche, im Geiste einer aktiven Zusammenarbeit die Schwierigkeiten zu beheben, die in Mitteleuropa aufgetreten seien. Die französische Regierung weist dann auf die eigene Finanz- und Haushaltlage

land gegenüber ist noch sehr stark und ebenso die in Genf, so daß es sehr wohl in der Lage ist, Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten. Frankreich wird Deutschland nicht mehr finanzieren, auch über die Bank für Internationale Zahlungen weitere Schwierigkeiten bereiten. Deutschland ist jetzt ganz auf die Amerikaner angewiesen, die aber wohl auch nicht mehr viel hergeben werden, da sie die Lage in Europa, und vor allem in Deutschland, für sehr bedroht halten. Sie werden sich voraussichtlich aus dem deutschen Geschäft zurückziehen; in das sie schon 30 Milliarden gesteckt haben, und nur das Nötigste vorkleihen. Das weiß auch Brüning und daher warnt er jetzt mit Recht vor dem übertriebenen Optimismus, der sich allenthalben bemerkbar macht. Schon in wenigen Monaten wird die Enttäuschung riesengroß sein. Trotz des Moratoriums werden wir im Herbst und im Winter vor ungeheureren finanziellen und wirtschaftlichen Problemen stehen. Jetzt erst haben wir die vollen Auswirkungen der verhängnisvollen Erfüllungspolitik, vor der die Rechte immer wieder eindringlich gewarnt hat, zu tragen.

hin, die im Laufe des letzten Jahres schwieriger geworden sei und die der Regierung zur Pflicht mache, die ihr vorgeschlagenen Maßnahmen genauestens zu prüfen.

Vom Rechtsstandpunkt aus sei es der französischen Regierung unbillig, auf den Youngplan zu verzichten, der feierlich unterzeichnet worden sei und wonach die Reparationen eine gebilligte Schuld darstellten. Eine Aufhebung der ungefügigen Zahlungen würde eine erste Verletzung gegenüber dem Youngplan bedeuten, die für uns gefährliche Nachwirkungen haben könnte. Der Youngplan sei außerdem vom französischen Parlament ratifiziert und die französische Regierung habe daher nicht das Recht, irgendwelche Änderungen anzubringen, ohne das Parlament vorerst zu befragen.

Um dem weitherzigen Unternehmen des amerikanischen Staatspräsidenten die Hilfe im Rahmen des Möglichen jedoch nicht zu verweigern, schlägt die französische Regierung ein Kompro miß vor, das zugleich die Aufrechterhaltung des Youngplanes und eine Unterstützung Deutschlands bedeutet. Dieser Kompro mißvorschlag geht dahin, daß Deutschland in diesem Jahre, wie in allen anderen, den ungezügeltsten Teil der Reparationen in Höhe von 612 Millionen Mark abliefert. Zum Unterschied von anderen Jahren soll diese Zahlung jedoch nicht in Auslandswährungen, sondern in Reichsmark erfolgen und außerdem an die BIZ abgeliefert werden. Der Frankreich zustehende Teil soll von der BIZ, auf das Konto Frankreichs eingetragene werden, so daß die Form vollkommen gewahrt bleibt. Die französische Regierung ermächtigt die BIZ, jedoch zu gleicher Zeit, diese Summe dem Reich in Form von Anleihen zur Verfügung zu stellen.

Am Schluß ihrer Antwort gibt die französische Regierung der Hoffnung Ausdruck, daß ihre Vorschläge die ungeheilte Zustimmung des amerikanischen Staatspräsidenten finden werden.

### Die Stimmung in Frankreich.

London, 25. Juni. (Draht.) Nach dem Daily Telegraph hat sich die Aufregung über den Vorschlag des Präsidenten Hoover, die nicht nur in den französischen parlamentarischen Kreisen, sondern allgemein in Frankreich herrsche, noch keineswegs gelegt. Nach Ansicht des Berichterstatters ist diese Erregung erstens auf die Furcht, daß die ungezügeltsten Zahlungen Deutschlands zu verlieren, dann auf die Möglichkeit, mit der Frankreich dieser Vorschlag Hoovers bekanntgegeben sei, zurückzuführen. Obwohl man in offiziellen Kreisen hoffe, daß die französische Note Washington annehmbar erscheine, äußerten verschiedene zuständige Beobachter Zweifel über die Stärke der von Washington an Frankreich gerichteten Warnung. Einige Kritik erfahre der französische Botschafter in Washington, Claudel, weil er es bei der Bekanntgabe der amerikanischen Vorschläge angeblich unterlassen habe, den französischen Standpunkt geltend zu machen.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Herald bezeichnet den Ton der französischen Presse als in w a c h s e n d e m Maße feindselig. Der Pariser Korrespondent des Daily Express hält es sogar für höchstwahrscheinlich, daß, wenn es über den Hoover-Vorschlag zu einer Kabinettskrise in Frankreich kommen sollte, Außenminister Briand der nächsten Regierung nicht mehr angehören, sondern durch den sozialistischen Abg. Paul Boncour ersetzt werden würde.

Ob die Verständigungspolitik, die Brüning jetzt Frankreich gegenüber betreiben will, Erfolg haben wird, erscheint doch mehr als zweifelhaft, denn schließlich war die Politik der Reichsregierung doch bisher auf alles andere eingestellt, als auf eine Verständigung mit Frankreich. Man hat den Franzosen durch die Zollunionverhandlungen und die Konferenz von Chequers, zuletzt durch das Moratorium, außerordentlich stark vor den Kopf gestoßen. Es wird jetzt sehr schwer halten, Frankreich davon zu überzeugen, daß Deutschland eine ernsthafte Freundschaft mit Frankreich und eine Verständigung über alle politischen und wirtschaftlichen Probleme sucht. Man traut in Frankreich Brüning nicht mehr, durch den man jetzt schon verschiedentlich so gründlich hereingelegt worden ist. Auch Briand ist mißtrauisch. Man darf daher nicht annehmen, daß der Appell Brüning's irgendwelchen Eindruck auf Frankreich machen wird. Die Zeiten sind vorbei, in denen Frankreich von der Locarno-Idee befallen war. Die Zeiten des userlosen Verständigungsgeschwätzes sind schon vor Strefemanns Tode zu Ende gewesen. Die Lage